

Souveränität erhält. Eine Verbindung dieser Frage mit dem Inkrafttreten des deutsch-polnischen Grenzvertrages ist für uns deshalb nicht annehmbar.

Ich würde es, Herr Ministerpräsident, sehr begrüßen, wenn die polnische Delegation bei den bevorstehenden „Zwei-plus-Vier“-Gesprächen auf Ebene der Außenminister die Haltung Ihrer Regierung zum vorstehenden Vorschlag übermitteln könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Kohl

Nr. 350
Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow
Moskau, 15. Juli 1990

BK, 21 – 30100 (56) Ge 28 (VS) Bd. 81, Bl. 226/1–226/17. – Vermerk des MD Teltschik, 14. August 1990. Az. 21 – 30130 S 25 – De 2/8/90. VS-Vertraulich. – Mit Vorlage des MD Teltschik über Chef BK an den Bundeskanzler, 17. August 1990 (Az. 21 – 30130 S 25 – De 2/9/90 – ohne Anlage offen): „Anbei lege ich den Vermerk über Ihr Gespräch mit Präsident Gorbatschow am 15. Juli 1990 mit der Bitte um Billigung vor. Ich bitte um Genehmigung, ein Exemplar des Vermerks dem Bundesminister des Auswärtigen zur Kenntnisnahme zuzuleiten.“ Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltschik zuerst R[ücksprache]“. – Gesprächsdauer und -ort: 10.00 bis 11.45 Uhr, Gästehaus des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR.

Teilnehmer:

Tschernajew, außenpolitischer Berater des Präsidenten

AL 2

Präsident Gorbatschow¹ begrüßte den Bundeskanzler. Die Erde sei rund, und sie beide würden um sie herumfliegen.

Sein Bedarf sei gedeckt, erwiderte der Bundeskanzler. Er freue sich über die Gelegenheit dieses Gesprächs und hoffe, daß sie erfolgreich sein würden. Er habe Außenminister Schewardnadse bereits gestern auf der Fahrt vom Flughafen zum Gästehaus gesagt, daß es sich jetzt um historisch bedeutsame Jahre handele. Solche Jahre kämen und gingen. Man müsse die Chancen nutzen. Wenn man nicht handele, seien sie vorbei. Bismarck habe einmal davon gesprochen, daß man den Mantel der Geschichte ergreifen müsse. Präsident Gorbatschow stimmte zu. Diese Aussage von Bismarck sei sehr interessant.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß die 90er Jahre historisch bedeutsam sein würden. Das gelte vor allem für die erste Hälfte des vor uns liegenden Jahrzehnts. Er verstehe es als eine besondere Chance der Generation, der der Präsident und er angehören, die im Zweiten Weltkrieg noch zu jung gewesen sei, um persönlich in Schuld geraten zu können, andererseits aber alt genug, um diese Jahre bewußt mitzuerleben. Er habe deshalb einmal von der „Gnade der späten Geburt“ gesprochen. Ihre Aufgabe sei es jetzt, die vorhandenen Chancen zu nutzen. Die Generationen nach ihnen hätten bereits andere Erfahrungen.

Präsident Gorbatschow erwiderte, daß er diesen Gedanken des Bundeskanzlers besonders unterstreichen wolle. In Erinnerung an die Ereignisse in seinem eigenen Land könne er Vergleichbares feststellen. Auch er gehöre einer Generation an, die den Krieg erlebt hätte und sich noch daran erinnern könne. Er sei zehn Jahre alt gewesen, als der Krieg begonnen habe, und fünfzehn, als er zu Ende war. Er habe sich alles gut eingepreßt und könne sich sehr gut an die Ereignisse erinnern. Er teile deshalb die Feststellung des Bundeskanzlers, daß ihre Ge-

1 Auszüge aus dem übersetzten russischen Gesprächsprotokoll in: Gorbatschow, Gipfelgespräche, 162–177 (erschienen März 1993); Vorabdruck in: Die Woche. Nr. 8. 18. Februar 1993, 19; Nr. 9. 25. Februar 1993, 22.

neration über eine einzigartige Erfahrung verfüge. Jetzt hätten sich große Chancen eröffnet, und es sei jetzt die Aufgabe ihrer Generation, diese zu nutzen und zu gestalten. Besonders imponiere ihm die Tatsache, daß heute weniger darüber geredet werde, wer gewonnen oder wer verloren habe. Gemeinsam ginge man von dem Verständnis von einer Welt aus.

Der Bundeskanzler erinnerte Präsident Gorbatschow an ihr gemeinsames Gespräch im Juni 1989 im Park des Bundeskanzleramtes.² Er habe damals gesagt, daß er die Chancen, die sich jetzt eröffnet hätten, gemeinsam mit dem Präsidenten nutzen wolle. Er wolle deshalb dem Präsidenten zu seiner Politik ausdrücklich gratulieren.

Präsident Gorbatschow berichtete, daß sie jetzt in der Sowjetunion manche Schlacht geschlagen hätten. Die Einsätze seien sehr hoch gewesen. Zuerst habe der Parteitag der Kommunistischen Partei der RSFSR³ und dann der Parteitag der KPdSU⁴ stattgefunden. Beide Parteitage seien sehr schwierig gewesen. Die konservativen Kräfte hätten versucht, sich zu revanchieren.

Das sei ein Ritt auf dem Tiger gewesen, warf der Bundeskanzler ein. Der Parteitag der KPdSU zähle sicherlich zu den vier wichtigsten historischen Parteitagen der KPdSU.

Das sei absolut so, stimmt Präsident Gorbatschow zu. Früher habe man bei ihnen stereotyp alle Parteitage als historisch bezeichnet. Der letzte Parteitag gehöre aber wirklich dazu. Es sei ein offener Schlagabtausch erfolgt. Es habe kein Kampf hinter den Kulissen oder im Rahmen von Intrigen stattgefunden. Es habe eine offene Auseinandersetzung der Ideen, Meinungen und Gedanken gegeben. Es sei darum gegangen, die Gesellschaft so umzugestalten, daß sie weiter vorangehen und ein Marktsystem durchsetzen könnten.

Der Bundeskanzler erkundigte sich nach der Rolle von Jelzin und nach den möglichen Auswirkungen seiner Präsidentschaft in der RSFSR. Präsident Gorbatschow erwiderte, daß er vor dem Hintergrund der Tatsache, daß es jetzt auf dem Parteitag gelungen sei, den konservativen Kräften eine solche Abfuhr zu erteilen, es bedaure, daß Jelzin gegangen sei. ...⁵

Er habe mit Jelzin ein Treffen nach Abschluß des Parteitages verabredet. Er bleibe mit ihm in Kontakt. Jelzin habe politische Wechsel ausgestellt, obwohl es gelungen sei, den anfänglichen Charakter des Parteitages zu verändern und progressive Dokumente zu beschließen, und er habe auch noch nicht verstanden, daß er eine staatliche Persönlichkeit sei. Jelzin setze populistische Methoden ein, als befände er sich auf einer Massenveranstaltung. Er komme jedoch mit Jelzin zurecht.

Präsident Gorbatschow fuhr fort, daß er jetzt mit dem Bundeskanzler über konkrete Dinge sprechen, aber zuerst einen prinzipiellen Gedanken voranstellen wolle. Wie schon in der Vergangenheit entwickle sich jetzt in den 90er Jahren eine Situation, die Rußland und Deutschland wieder zusammenführen müsse. Wenn beide Völker früher getrennt gewesen seien, so müßten sie jetzt wieder zusammenkommen. Sie beide stünden an der Spitze beider Völker. Einer der kritischen Punkte der 90er Jahre werde es sein, ob es ihnen gelinge, diese Aufgabe zu meistern. Für ihn sei dieses Ziel gleichrangig mit der Normalisierung der Beziehungen mit den USA. Wenn es gelinge, eine qualitativ neue Ebene der Beziehungen zu erreichen, werde das beiden Völkern und ganz Europa zugute kommen.

Der Bundeskanzler stimmte zu. Nach seiner Auffassung komme die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen auch denen zwischen der UdSSR und den USA zugute. Sein Ziel sei es, vorausgesetzt, daß sie gemeinsam die aktuellen Probleme lösen würden, in-

2 Nr. 7 Anm. 2.

3 Nr. 340 Anm. 2.

4 Zu den Ergebnissen des XXVIII. Parteitages der KPdSU vom 2.–13. Juli 1990 in Moskau: Ostinformationen. Nr. 133a. 16. Juli 1990, insbes. 22f., 30–35, 36–39; BPA/PA, F 1/22. Programmatische Erklärung „Für einen humanen demokratischen Sozialismus“ in: Prawda. Nr. 196 (26279). 15. Juli 1990, 1, 3; Neues Deutschland. 45. Jg. Nr. 163. 16. Juli 1990, 2.

5 Ein Satz nicht freigegeben.

nerhalb eines Jahres einen umfassenden Vertrag mit der Sowjetunion zu schließen. Er könne in diesem Punkt nur für sich selbst sprechen, weil im Dezember Bundestagswahlen stattfinden würden. Der Ausgang dieser Wahl sei nicht sicher, aber es sehe so aus, daß er im Amt bleiben werde. Dann sei er dafür, daß sie gemeinsam eine neue Ära der Beziehungen einleiten sollten und das für alle sichtbar machen sollten.

Mit der Arbeit an einem solchen Vertrag könne jetzt schon in diskreter Weise begonnen werden, um nach der Bundestagswahl rasche Fortschritte zu erreichen. Seine Vorstellung sei, alle bestehenden Verträge und Abkommen zu überprüfen, was davon obsolet und was weiterhin nützlich sei bzw. was neu entwickelt werden könne. Ein solcher Vertrag solle alle Gebiete umfassen, den Bereich der Wirtschaft genauso wie den der Kultur, der Technologie und vieles mehr. Aufgenommen werden könne auch der Gedanke des Gewaltverzichts und des Nichtangriffs analog der Erklärung des NATO-Gipfels in London. Dort habe Präsident Bush den Vorschlag aufgegriffen, daß die Mitgliedstaaten beider Bündnissysteme unter dem Dach der KSZE eine Erklärung über Gewaltverzicht und Nichtangriff vorbereiten.⁶ Das könne auch im bilateralen Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufgegriffen werden. Es sollte jedoch nicht isoliert geschehen, sondern eingebettet bleiben in vertragliche Regelungen über alle anderen Bereiche der Beziehungen, vom Jugendaustausch angefangen bis zum Bereich der Kultur. Die Zeit für einen solchen Vertrag sei reif.

Der Bundeskanzler berichtete über die Ergebnisse der Gipfelkonferenzen in den zurückliegenden Wochen, des Europäischen Rates in Dublin,⁷ der NATO in London und der G 7 in Houston⁸. In allen diesen Konferenzen sei die gemeinsame Überzeugung spürbar gewesen, daß der Reformprozeß in der Sowjetunion unterstützt werden solle. Unterschiedliche Akzente gab es in der Frage, mit welchem Tempo das geschehen solle. Auch die innenpolitischen Zwänge der einzelnen Teilnehmer seien deutlich geworden. So stehe Präsident Bush vor Mid-term-Wahlen.⁹

Wenn Präsident Gorbatschow sein Reformprogramm weiterentwickle und parallel dazu die Vorbereitungen für eine Zusammenarbeit beginnen würden, könnten Entscheidungen bis Ende des Jahres möglich sein. Solche Entscheidungen würden dann alle die Punkte einbeziehen wie Kredite, Beratung und anderes mehr, wie sie Präsident Gorbatschow in seinem Brief an Präsident Bush¹⁰ angesprochen habe. Der Bundeskanzler unterstrich, daß für ihn alle diese Bemühungen um eine wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit Bestandteil des Gesamtpaketes seien. Er betonte, daß beide deutsche Staaten in den nächsten Monaten vor wichtigen Aufgaben stünden. Die Lage in der DDR sei sehr schwierig. Die wirtschaftlichen Probleme seien größer als vermutet. Die Lage verschlechtere sich von Tag zu Tag. Er sei es nicht, der auf das Tempo drücke. Ursprünglich habe er völlig andere Zeitvorstellungen gehabt. Es wäre ihm lieber gewesen, wenn man mehr Zeit zur Verfügung gehabt hätte. Die wirtschaftliche Entwicklung vollziehe sich jedoch sehr dramatisch. Das habe auch Auswir-

6 In Ziffer 6 der Londoner Erklärung (Nr. 344A Anm. 8) hatten die Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses den Abschluß einer gemeinsamen Erklärung „mit den Mitgliedstaaten der Warschauer Vertragsorganisation“ vorgeschlagen und alle anderen KSZE-Staaten aufgefordert, sich „dieser Verpflichtung zum Nichtangriff anzuschließen“. Präsident Gorbatschow übergab NATO-Generalsekretär Wörner am 14. Juli 1990 in Moskau einen „Entwurf für Überlegungen für die zukünftige gemeinsame Erklärung“ (Meldung TASS/russ./14.7.90/1819 in: Ostinformationen. Nr. 133a. 16. Juli 1990, 61 f.; BPA/PA, F 1/22).

7 Nr. 344B Anm. 19.

8 Nr. 344A Anm. 17.

9 Am 6. November 1990 fanden in den Vereinigten Staaten von Amerika Wahlen zum Repräsentantenhaus statt. Außerdem wurden ein Drittel der 100 Senatoren des Senats sowie in den Bundesstaaten 36 der 50 Gouverneure und rund 6000 Abgeordnete neu gewählt.

10 Präsident Gorbatschow richtete das Schreiben an Präsident Bush in dessen Eigenschaft als Vorsitzender des Weltwirtschaftsgipfels in Houston und über ihn „an die anderen Teilnehmer“ (Inoffizieller englischer und deutscher Wortlaut des Schreibens, 4. Juli 1990; BArch, B 136/26789, 412 – 68320 We 50 Bd. 3).

kungen auf die Sowjetunion. Deshalb sei ein Wahltermin für gesamtdeutsche Wahlen am 2. Dezember für ihn sehr wichtig.

Präsident Gorbatschow erwiderte, daß der Bundeskanzler jetzt seine eigene Perestroika erlebe. Dabei gebe es nicht nur angenehme Dinge. Die großen Ziele seien mit ebenso großen Schwierigkeiten verbunden. Man müsse sich gegenseitig helfen, weil die Entwicklungen wechselseitige Wirkungen auslösen würden.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß er Wort gehalten habe. Er erinnerte an die Lebensmittelaktion im Februar,¹¹ an die Verbürgung des 5-Milliarden-Kredits,¹² an die Leistungen für die sowjetische Armee in der DDR für die zweite Hälfte des Jahres 1990 und für die Zusage des Vertrauensschutzes für die DDR-Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion. Dies alles sei ohne schriftliche Vereinbarung erfolgt.

Präsident Gorbatschow erwiderte, daß alles, was der Bundeskanzler tue, große Bedeutung für Deutschland habe, aber auch große psychologische und politische Probleme für die Sowjetunion aufwerfe. Es gehe deshalb darum, ausgewogen und behutsam zu handeln. Es müsse ein neues Niveau des Vertrauens, des gegenseitigen Verständnisses und des Zusammenwirkens erreicht werden. Das alles könne man mit Papieren allein nicht erreichen, dennoch seien auch solche wichtig.

Der Bundeskanzler erläuterte dem Präsidenten, daß in drei Bereichen Vereinbarungen erreicht werden müßten, wenn der zeitliche Rahmen gewahrt bleiben solle: 1. über die Abwicklung des Truppenabzugs der Sowjetunion aus der DDR, 2. über die Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands in der NATO und 3. über die zukünftige Obergrenze der Streitkräfte eines geeinten Deutschlands. Diese drei Hürden müßten überwunden werden. Am Ende der 2+4-Gespräche müsse die volle Souveränität für den Zeitpunkt der Einigung Deutschlands erreicht sein. Er sei sich bewußt, daß in die Lösung dieser Probleme auch die USA, Frankreich und Großbritannien einbezogen werden müßten. Die Frage der Obergrenze für die deutschen Streitkräfte berühre auch die NATO, primär sei es jedoch eine Frage zwischen ihnen beiden.

Präsident Gorbatschow erwiderte, daß bereits die alten Griechen davon gesprochen hätten, daß alles im Fluß sei und sich alles verändere. Mit anderen Worten: Man dürfe nicht zweimal in den gleichen Fluß steigen. Binnen weniger Monate, jetzt sogar binnen weniger Tage, verändere sich die Lage. Alles sehe heute anders aus als damals, als sie begonnen hätten, die Probleme zu erörtern. Jetzt sei der Zeitpunkt und die Notwendigkeit gekommen, alle Fragen zu klären und die Entscheidungen für die weitere Arbeit zu treffen.

Präsident Gorbatschow erläuterte, daß es gelungen sei, in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen wesentliche Fortschritte zu erzielen. Die Position von Präsident Bush sei dabei von äußerst wichtiger Bedeutung gewesen. Auf Bush sei großer Druck ausgeübt worden. Doch hätten sich die USA schließlich für eine Erneuerung der Beziehungen zur Sowjetunion entschieden. Die Kontinuität der Beziehungen zwischen ihm und dem Bundeskanzler habe in der letzten Zeit sehr positiv gewirkt. Die Bundesregierung habe ihre Position sehr aktiviert und sehr auf die amerikanische Administration eingewirkt. Das sei sehr wirksam und sehr gut gewesen.

Er habe es dem Bundeskanzler schon früher einmal gesagt und wiederhole es heute, daß er anfänglich in den USA den Eindruck gewonnen hatte, daß dort die Befürchtung vorhanden gewesen sei, daß die Sowjetunion etwas im Schilde führe und die USA aus Europa herausdrängen wolle. Seine Position sei jedoch, daß die Präsenz der USA in Europa zur Stabilität beitrage. Präsident Bush sei über diese Position sehr überrascht gewesen.

¹¹ Nr. 155 Anm. 4.

¹² Dazu Nr. 84 und Nr. 306.

Der Bundeskanzler warf ein, daß er lange mit Präsident Bush über die Beziehungen zur Sowjetunion gesprochen habe. Er könne nur feststellen, daß diese sich sehr positiv entwickelt hätten. Präsident Gorbatschow stimmte ausdrücklich zu. Der Bundeskanzler fuhr fort, daß auf dem NATO-Gipfel in London und beim Wirtschaftsgipfel in Houston die Position von Präsident Bush sehr deutlich geworden sei. Er sei sich sehr bewußt, daß sie sich jetzt in einer geschichtlichen Phase befänden und daß jetzt gehandelt werden müsse.

Der Bundeskanzler erläuterte, daß die Entwicklung in Deutschland nicht jedem in Europa gefalle. Darin spiegele sich die Last der Vergangenheit wider. Für ihn sei das sehr verständlich. Er müsse diese Empfindungen psychologisch in Rechnung stellen, sowohl in Paris als auch in London oder in Den Haag. Die Haltung von Präsident Bush sei sehr klar. In seinem Konzept spiele Deutschland eine wichtige Rolle. Es sei deshalb außerordentlich wichtig, daß in Washington gegenüber Deutschland kein Mißtrauen entstünde, wenn sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen weiterentwickeln und intensivieren würden. Vielmehr müsse deutlich werden, daß das auch zum Vorteil für die USA sei. Er habe darüber lange mit dem amerikanischen Sicherheitsberater Scowcroft gesprochen, der ein kluger Mann sei und eine wichtige Rolle in Washington spiele. Scowcroft sei ja auch immer bei den Gesprächen von Präsident Bush dabei, warf Präsident Gorbatschow ein.

Der Bundeskanzler bezeichnete Scowcroft als einen strategischen Kopf und einen Verehrer von Clausewitz. Er habe begriffen, wie wichtig es sei, eine neue Grundlage für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu schaffen. Das sei die eine Ebene, die andere sei die der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Beide Ebenen könne man nicht völlig vergleichen. Es bestünde jedoch zwischen beiden eine Wechselwirkung, die auch auf andere Bereiche wie z. B. auf die Europäische Gemeinschaft Auswirkungen hätte.

Präsident Gorbatschow berichtete, daß seine Reise in die USA¹³ für ihn viel Neues erbracht hätte. Innerhalb der letzten zwei Monate habe sich vieles verändert. Alles sei in Bewegung gekommen. Auch die NATO verändere sich in Richtung einer politischen Funktion. Darauf müsse man die besondere Aufmerksamkeit lenken, da eine andere Situation entstehe. Die Londoner Erklärung sei ein richtiger Schritt in die richtige Richtung gewesen, auch wenn sie noch Ballast der Vergangenheit mit sich trage. Aussagen über die Zusammenarbeit und darüber, daß die Sowjetunion nicht länger als Gegner betrachtet werde, seien ein sehr wichtiger politischer Fortschritt und ein Beweis für die grundlegenden Veränderungen. Unsere Völker würden diese Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen.

Von äußerst wichtiger Bedeutung seien auch die Erklärungen der Bundesregierung und des Bundeskanzlers. Was der Bundeskanzler in der letzten Zeit gesagt und hervorgehoben habe, spiele in den beiderseitigen Beziehungen eine außerordentliche Rolle und sei von größter Bedeutung.

Der Bundeskanzler habe sicherlich bemerkt, daß sie ihre Bevölkerung Schritt für Schritt an die Probleme heranführen würden. Dabei könne nicht alles, was die Vergangenheit betreffe, vergessen gemacht werden. Jetzt gehe es aber darum, den Blick nach vorne zu richten und vor allem die Beziehungen zum großen deutschen Volk in das Bewußtsein der sowjetischen Menschen zu bringen.

Bei den Militärs, die von ihren Interessen ausgingen, und bei Journalisten gebe es das Geschrei, daß sie jetzt die Früchte des großen Sieges im 2. Weltkrieg gegen DM verkaufen würden. Sie würden aber auf die Öffentlichkeit einwirken, um sie allmählich auf den richtigen Weg zu bringen.

Dessenungeachtet verändere sich jedoch die Lage zum Besseren. Sie sollten deshalb heute die Probleme ohne Emotionen mit Blick auf die Perspektiven sehr konkret und ernsthaft be-

13 Nr. 299 Anm. 2.

sprechen. Dabei sei es für beide Seiten notwendig zu berücksichtigen, was der Bundeskanzler gesagt habe: Man müsse die Ziele sehen, die Zusammenhänge und die Zusammenarbeit vertiefen. Das sei ein starkes Argument, das nutzbar gemacht werden müsse. Sie hätten über die zukünftigen Beziehungen einige Überlegungen angestellt, die er dem Bundeskanzler übergeben wolle. Es handle sich um keinen Vertragsentwurf, sondern sei nur für den Bundeskanzler bestimmt. Präsident Gorbatschow übergab dem Bundeskanzler „Überlegungen zum Inhalt eines Vertrages über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Deutschland“¹⁴.

Der Bundeskanzler erläuterte dem Präsidenten, daß auch er persönliche Überlegungen angestellt habe, die er dem Präsidenten übergeben wolle. Der Bundeskanzler übergab dem Präsidenten entsprechende Überlegungen zum Inhalt eines bilateralen Vertrages zwischen Deutschland und der UdSSR.¹⁵

Präsident Gorbatschow unterstrich ebenfalls, daß es sich um seine sehr persönlichen Überlegungen handle.

Der Bundeskanzler verwies darauf, daß seine Überlegungen Anlehnungen an den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag¹⁶ enthielten. Er verstehe diesen Hinweis, erwiderte Präsident Gorbatschow.

Der Bundeskanzler schlug vor, daß über diese Papiere auf der Ebene von Beauftragten weiter gesprochen werden solle und zu einem späteren Zeitpunkt die Außenminister die Verhandlungen fortsetzen sollten. Für ihn sei es jedoch wichtig, daß der Inhalt dieser Verhandlungen nicht Gegenstand des Wahlkampfes in Deutschland werde. Dies verstehe er, erwiderte Präsident Gorbatschow.

Er wolle sich jetzt den aktuellen Fragen zuwenden. Sie gingen davon aus, daß sie bei weiterer günstiger Entwicklung der Probleme nicht darauf bestehen würden, daß alle völkerrechtlichen Regelungen getroffen werden müßten, die sie der Bundesregierung übermitteln hätten. Dennoch müßten einige Fragen beantwortet werden. Der Prozeß müsse jedoch zu einem guten Ergebnis geführt werden. Man müsse sehen, was sich weiter herauskristallisiere, wo neue Entscheidungen oder neue Lösungen notwendig seien. Sie gingen erstens davon aus, daß das neue Deutschland in den Grenzen der Bundesrepublik, der DDR und Berlins gebildet werde.

Das sei kein Problem, warf der Bundeskanzler ein. Er erläuterte das Verfahren, das der polnischen Regierung vorgeschlagen worden sei. Dieses Verfahren sei wasserdicht und eindeutig. Der Bundeskanzler fügte hinzu, daß er die polnische Haltung nicht immer verstanden habe. So habe er Ministerpräsident Mazowiecki angeboten, sofort nach der Einigung Deutschlands innerhalb von drei Monaten einen Grenzvertrag zu unterzeichnen.¹⁷ Das sei für ihn kein Problem. Sein Vorschlag sei jedoch darüber hinausgegangen. Sein Ziel sei ein Vertrag mit Polen, der weit in die Zukunft reiche. Die polnische Regierung sei zögerlich. Er könne jedoch schon heute voraussagen, wie die Reaktion Polens sein werde, wenn Deutschland einen Vertrag mit der Sowjetunion schließen werde. Das müsse man berücksichtigen, erwiderte Präsident Gorbatschow. Er fuhr fort, daß zweitens Deutschland auf ABC-Waffen verzichten müsse. Er wisse, daß das auch die Position des Bundeskanzlers sei.

Drittens dürften die militärischen Strukturen der NATO nicht auf das DDR-Territorium ausgedehnt werden. Außerdem müsse eine Übergangsregelung für die Präsenz der sowjeti-

14 Nr. 351.

15 In den einschlägigen Akten des Bundeskanzleramtes nachzuweisen: Entwurf eines Vertrages über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen dem künftigen geeinten Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken – Inhaltsgliederung, 9. Juli 1990, 3 S.; BK, 213 – 30104 S 25 So 17, BK in der UdSSR, 15./16.7.1990, Hauptvorgang Bd. 2.

16 Nr. 89 Anm. 9.

17 Nr. 349.

schen Truppen vereinbart werden. Viertens müßten die Vier-Mächte-Rechte abgelöst werden.

Der Bundeskanzler fragte den Präsidenten, ob das heiße, daß Deutschland seine volle Souveränität mit der Einigung erhalten werde. Präsident Gorbatschow bejahte diese Frage: „Selbstverständlich“. Das setze jedoch voraus, daß die NATO-Militärstrukturen nicht auf die DDR ausgedehnt würden und eine Übergangsregelung für die Präsenz der sowjetischen Truppen vereinbart werde.

Als wichtigste Frage bezeichnete Präsident Gorbatschow die Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands in der NATO. De jure sei die Frage klar. De facto sehe es so aus, daß nach der Vereinigung Deutschlands der Geltungsbereich der NATO nicht auf das Territorium der DDR ausgedehnt werde.

Die Lage sei die, daß es um die Regelung für eine Übergangszeit gehe. Die Mitgliedschaft in der NATO bleibe bestehen. Solange jedoch sowjetische Truppen in der DDR stationiert seien, könne der Geltungsbereich der NATO nicht auf das DDR-Territorium ausgeweitet werden. Präsident Gorbatschow wiederholte, also Mitgliedschaft in der NATO, aber für eine Übergangsperiode müsse die NATO berücksichtigen, daß ihr Geltungsbereich nicht auf das DDR-Territorium übertragen werde, weil dort sowjetische Truppen stationiert seien. So könne eine Entscheidung getroffen werden, die beide Seiten zufriedenstelle.

Der Bundeskanzler wünsche die sofortige Ablösung der Vier-Mächte-Rechte, aber die Ergebnisse der 2+4-Gespräche müßten ratifiziert werden. Das erfordere Zeit. Das Abschlußdokument, das die Hauptprinzipien enthalten werde, werde die Aufhebung der vierseitigen Verantwortung ohne Übergangszeit zum Ausdruck bringen. Darüber hinaus müsse es einen separaten Vertrag über den Aufenthalt sowjetischer Truppen für die Dauer von 3 bis 4 Jahren auf dem bisherigen DDR-Territorium geben oder eine Bestätigung, daß die DDR-Verpflichtungen weitergelten.

Der Bundeskanzler erklärte, daß die Bundesregierung bereit sei, einen Vertrag zwischen dem geeinten souveränen Deutschland und der Sowjetunion abzuschließen mit der Vereinbarung, daß sowjetische Truppen für die Dauer von 3 bis 4 Jahren auf DDR-Territorium verbleiben können. Dieser Vertrag müsse alle Details enthalten. Präsident Gorbatschow stimmte zu.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß es das Interesse der Bundesregierung sei, die Vier-Mächte-Rechte so früh als möglich zu beenden und die volle Souveränität für Deutschland zu erreichen.

Präsident Gorbatschow erwiderte, daß er das verstehe. Deshalb sollte die Frage des weiteren Verbleibes sowjetischer Truppen aus dem Gesamtkomplex herausgenommen und separat gelöst werden. Damit solle die Herstellung der vollen Souveränität Deutschlands möglich werden, ohne daß die Frage der Truppenpräsenz störend wirke. Sonst würden die sowjetischen Truppen als Besatzungstruppen bleiben.

Der Bundeskanzler bekräftigte, daß das ein wichtiger Punkt für die Bundesregierung und für die beiderseitigen Beziehungen sei. Deutschland als Ganzes müsse Mitglied der NATO bleiben. Das schließe ein, daß keine NATO-Truppen auf das Territorium verschoben werden.

Wenn er den Präsidenten richtig verstanden habe, dann solle der Geltungsbereich der NATO auf das DDR-Territorium erst nach Abzug der sowjetischen Truppen ausgeweitet werden.

Das sei das gemeinsame Interesse, erwiderte Präsident Gorbatschow. Das vereinigte Deutschland werde Mitglied der NATO sein. De facto werde es aber so aussehen, daß das jetzige Territorium der DDR nicht zum Wirkungsbereich der NATO gehöre, solange sowjetische Truppen stationiert seien.

Die Souveränität Deutschlands stelle er nicht in Frage. Deutschland bleibe Mitglied der

NATO. Notwendig sei jedoch eine Vereinbarung über die Präsenz der sowjetischen Truppen. De facto müsse sie so aussehen, daß das DDR-Territorium nicht zum Wirkungsbereich der NATO gehöre, solange sowjetische Truppen dort stationiert seien. De jure werde Deutschland Mitglied der NATO sein. Nach einem Jahr sollten Verhandlungen über den völligen Abzug der sowjetischen Truppen erfolgen. Über die rechtliche Grundlage für die sowjetische Truppenpräsenz sollte ein separater Vertrag vereinbart werden, oder die Verpflichtungen der DDR sollten bekräftigt werden.

Der Bundeskanzler schlug vor, einen solchen separaten Vertrag über die Präsenz sowjetischer Truppen sofort vorzubereiten.

Präsident Gorbatschow faßte seine Position noch einmal wie folgt zusammen: Die vierseitigen Rechte werden aufgehoben. Das vereinigte Deutschland erhält die volle Souveränität. Über die Präsenz sowjetischer Truppen für den Zeitraum von 3 bis 4 Jahren wird ein separater Vertrag geschlossen.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß der Zeitraum von 3 bis 4 Jahren für die sowjetische Truppenpräsenz für ihn kein Problem darstelle. Es werde vielmehr ein Problem für den Präsidenten sein. Er müsse die Veränderungen in der DDR berücksichtigen und die entsprechenden Reaktionen der sowjetischen Soldaten, die für die sowjetische Führung zu einem Problem werden könnten. Dies müßten sie besprechen, erwiderte Präsident Gorbatschow. Der Bundeskanzler bekräftigte noch einmal, daß es für ihn leichter sei, Unterstützung zu geben, wenn ein solcher separater Vertrag geschlossen würde, als wenn die Präsenz der sowjetischen Truppen weiterhin auf Besatzungsrecht beruhen würde. Das sei gut, warf Präsident Gorbatschow ein.

Der Bundeskanzler erläuterte seine Vorstellungen über mögliche Hilfestellungen. Er könne sich vorstellen, daß Umschulungsprogramme vereinbart werden könnten, um den Einstieg in zivile Berufe zu erleichtern. Auch Managementtraining könne möglich sein. Und Wohnungen seien erforderlich, warf Präsident Gorbatschow lachend ein.

Es könne sich dabei aber nur um Wohnungen in der Sowjetunion handeln. Er halte eine solche Unterstützung für möglich, wenn es sich um ein Programm für die sowjetische Bevölkerung und nicht ausschließlich für die sowjetische Armee handele. Das sei für ihn ein wichtiges Kriterium, warf der Bundeskanzler ein.

Das verstehe er, erwiderte Präsident Gorbatschow. Die Soldaten würden auf das ganze Land verteilt werden.

Der Bundeskanzler wiederholte, daß es für ihn wichtig sei, daß ein solches Wohnungsprogramm den richtigen Namen habe.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal, daß der Präsident persönlich für die Sowjetunion das größte Kapital im Westen darstelle. Das sollte er auch seinen Gegnern sagen.

Wichtig sei jetzt auch, daß die Beziehungen beider mit den USA optimal seien. Auch in den USA selbst sei großes Verständnis für die Lage in Europa vorhanden. Im Augenblick sei es sehr populär, in den USA auf eine deutsche Herkunft verweisen zu können. So wie bei Kissinger, warf Präsident Gorbatschow ein.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß auch die Beziehungen der Bundesrepublik zu Frankreich optimal seien. Sicherlich gebe es psychologische Probleme. Bisher habe eine Art Balance zwischen Frankreich und der Bundesrepublik bestanden, auch wenn die Bundesrepublik über keine Nuklearwaffen verfügt habe. Die Entwicklung habe aber dazu geführt, daß heute die Frage gestellt werden müsse: Was seien Nuklearwaffen noch wert? Weder die Sowjetunion noch die NATO hätten Aggressionsabsichten. Die Bedeutung der Wirtschaft sei heute um vieles wichtiger. Sicherlich werde es auch in Zukunft Waffen geben müssen, aber wesentlich weniger als heute.

In Deutschland herrsche heute die Meinung, daß mit der Sowjetunion Frieden geschaffen werden müsse. Dieser dürfe jedoch nicht erzwungen werden. Das Bewußtsein kehre zurück,

daß es zwischen den Deutschen und Russen keine natürlichen Gegensätze gebe. Im Gegenteil, fügte Präsident Gorbatschow hinzu.

Es komme ja nicht von ungefähr, daß heute noch in Rußland 2 Millionen Deutsche leben würden, fuhr der Bundeskanzler fort.

Präsident Gorbatschow berichtete, daß er am Rande des Parteitages gelegentlich spazierengegangen sei und dabei dreimal mit Deutschen zusammengetroffen sei. Die Gespräche seien sehr herzlich gewesen. Unter anderem seien sie aus München gewesen. Man habe sich beinahe umarmt.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal die Notwendigkeit von guten Beziehungen auch zwischen der Sowjetunion und den USA.

Präsident Gorbatschow bekräftigte, daß er die Gespräche mit den USA fortsetzen werde. Anschließend kündigte er an, daß er den Bundeskanzler ins kaukasische Gebirge führen wolle. Dort werde es möglich sein, noch klarere Gedanken zu fassen.

Der Bundeskanzler kam noch einmal auf die Dauer der sowjetischen Truppenpräsenz in der DDR zu sprechen. Die Frist von 4 Jahren sei für ihn kein Problem. Er wolle aber noch einmal deutlich machen, daß er glaube, daß eine solche Dauer vor allem für den Präsidenten Probleme schaffen werde. Je länger sowjetische Truppen stationiert blieben, desto größer würden die Probleme sein.

Präsident Gorbatschow erwiderte, daß sie an dieser Frage gemeinsam arbeiten sollten. Es gehe darum, die rechtlichen Fragen zu klären, die Frage der Lebensbedingungen und den Prozeß der Rückkehr zu regeln. Außerdem müßten sie noch über die zukünftige Begrenzung der Bundeswehr diskutieren, über die Verhandlungen in Wien und über andere Fragen mehr.

(Teltschik)

Nr. 351
Überlegungen zum Inhalt eines
Vertrages
über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen
der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Deutschland
15. Juli 1990

BK, 213 – 30130 S 25 Au 27 Bd. 1. – Hs. vermerkt: „Von Präs. Gorbatschow am 15.7.90 dem BK übergeben“ und „H. GL 21 z.w.V. T[teltschik] 17/7“.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Deutschland im Bewußtsein ihrer Rolle und Verantwortung bei der Erhaltung des Weltfriedens, des Aufbaus eines neuen, durch gemeinsame Werte vereinten Europas, in Bekräftigung ihres Bekenntnisses zu den Prinzipien und Zielsetzungen der Charta der Organisation der Vereinten Nationen, den Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975, der nachfolgenden Dokumente der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in dem Wunsche, endgültig einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, einen gewichtigen Beitrag zur Überwindung der Spaltung und wechselseitigen Entfremdung in Europa und zur Heranbildung neuer Strukturen der Stabilität und Sicherheit zu leisten, geleitet vom beiderseitigen Bestreben, Frieden, gute Nachbarschaft, gegenseitig vorteilhafte Partnerschaft und konstruktive Zusammenarbeit zum Rückgrat ihrer Beziehungen zu machen,